

## Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 113-2019  
Vorstossart: Motion  
Richtlinienmotion:   
Geschäftsnummer: 2019.RRGR.133

Eingereicht am: 01.04.2019

Fraktionsvorstoss: Nein  
Kommissionsvorstoss: Nein  
Eingereicht von: Lanz (Thun, SVP) (Sprecher/in)  
Aebi (Hellsau, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja  
Dringlichkeit gewährt: Ja 06.06.2019

RRB-Nr.: 814/2019 vom 14. August 2019  
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert  
Antrag Regierungsrat: **Annahme**



### Aufspaltung der BKW prüfen

---

Der Regierungsrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, welche Auswirkungen eine Aufspaltung der BKW in einen staatlich beherrschten Teil (versorgungsnotwendige Infrastruktur/Stromproduktion/Stromhandel) und einen privatisierten Teil (Dienstleistungsgeschäft) hätte. Zudem ist darzulegen, ob und wie eine solche Aufspaltung umgesetzt werden könnte.

#### Begründung:

Die BKW ist in verschiedenen Geschäftsfeldern tätig, die für die Versorgung der Bevölkerung eine unterschiedliche Bedeutung haben. Soweit die Versorgungssicherheit betroffen ist, scheint eine staatliche Beherrschung in breiten Kreisen akzeptiert zu sein. Etwas anders liegt der Fall beim Dienstleistungsgeschäft, für das eine staatliche Beteiligung kaum erforderlich ist. Die BKW gerät deshalb auch immer wieder in Kritik. Der Regierungsrat soll deshalb in einem Bericht darlegen, welche Auswirkungen eine Aufspaltung der BKW in einen staatlich beherrschten und einen privatisierten Teil hätte und ob und wie eine solche Aufspaltung umgesetzt werden könnte. Der Bericht soll eine fundierte Basis für eine politische Diskussion dafür liefern, ob eine Aufspaltung der BKW weiterverfolgt werden soll oder nicht.

Begründung der Dringlichkeit: Betreffend BKW sind verschiedene Vorstösse und Forderungen in Einzelbereichen hängig. Zu deren fundierten Beurteilung soll der verlangte Bericht eine der Grundlagen für die Meinungsbildung liefern.

## Antwort des Regierungsrates

Die Motionäre verlangen vom Regierungsrat einen Bericht, der die Auswirkungen und die Umsetzungsmöglichkeiten einer Aufspaltung der BKW aufzeigt. Die BKW soll gemäss Motion asymmetrisch in einen staatlichen Teil (Infrastruktur, Stromproduktion, Stromhandel) und in einen privatisierten Teil (Dienstleistungsgeschäft) aufgeteilt werden. Im Kontext des forcierten Ausbaus der Sparte Dienstleistung und den damit einhergehenden Akquisitionen der BKW fragen die Motionäre, inwiefern eine staatliche Beteiligung in diesem Bereich angezeigt und sinnvoll ist.

Der Regierungsrat kann das Ansinnen nachvollziehen. Der Hauptfokus des Kantons als Mehrheitsaktionär liegt in der Umsetzung der kantonalen Energiestrategie sowie im Beitrag zur Versorgungssicherheit und ist somit politischer Natur. Das Dienstleistungsgeschäft ist für den Kanton von untergeordnetem Interesse; es dient aus seiner Sicht primär als Absicherung im unbeständigen Strompreisgeschäft.

Gemäss Art. 6 BKWG verfolgt der Kanton mit seiner Beteiligung auch wirtschafts- und finanzpolitische Interessen: eine starke, gut positionierte BKW sichert und schafft qualifizierte Arbeitsplätze und leistet einen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Die börsenkotierte BKW bringt dem Kanton Dividenden (49.9 Mio. CHF für 2018) sowie Steuereinnahmen. Der Regierungsrat will das Investment in die BKW und das Steuersubstrat im Kanton Bern erhalten. Die angedachte Aufspaltung wäre ein radikaler Eingriff in die Unternehmensstruktur und das Erfolgsmodell und hätte weitreichende rechtliche, wirtschaftliche und finanzielle Konsequenzen.

Wie und ob eine Entflechtung der Geschäftsfelder der BKW allenfalls auf anderem Weg erreicht werden könnte und welche Vorteile / Nachteile damit einhergehen könnten, lässt sich ohne vertiefte Analyse nicht beantworten. Der Regierungsrat will deshalb den verlangten Bericht in Auftrag geben, mit dem Ziel die wirtschaftlichen, politischen, rechtlichen und finanziellen Folgen einer Aufspaltung sowie die rechtlichen Möglichkeiten der Umsetzung abzuklären und allenfalls Alternativen aufzuzeigen.

Verteiler

- Grosser Rat